

INDES

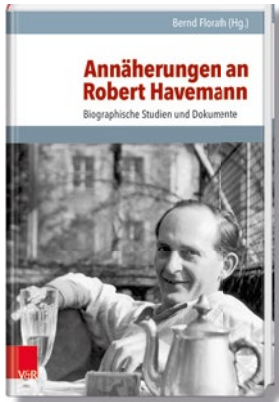
ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT



Liberalismus

Gary S. Schaal Liberale Gesellschaftsordnungen Elif Özmen Liberalismus
und soziale Gerechtigkeit Reinhard Loske Die Grünen als neue Liberale?
Jörn Leonhard Europäische Liberalismen Tom Mannewitz Libertärer
Paternalismus und Demokratie

Neuerscheinungen zur DDR-Geschichte



Bernd Florath

Annäherungen an Robert Havemann

Biographische Studien und Dokumente

Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Band 43.

2016. 668 Seiten mit 67 Abb., gebunden

€ 50,- D

ISBN 978-3-525-35117-8

eBook: € 39,99 D

ISBN 978-3-647-35117-9

Der Band enthält Analysen und bisher unveröffentlichte Dokumente zu Robert Havemanns Entwicklung zum Gegner des SED-Regimes.



Markus Anhalt

Die Macht der Kirchen brechen

Die Mitwirkung der Staatssicherheit bei der Durchsetzung der Jugendweihe in der DDR

Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Band 45.

2016. 221 Seiten, gebunden

€ 18,- D

ISBN 978-3-525-35121-5

eBook: € 14,99 D

ISBN 978-3-647-35121-6

Die Studie zeichnet die Anfänge der Jugendweihe in der DDR bis zum Ende der 1950er Jahre nach und klärt über die Mitwirkung der Staatssicherheit bei der Durchsetzung kirchenpolitischer Ziele auf.


Verlagsgruppe Vandenhoeck & Ruprecht | V&R unipress

www.v-r.de

EDITORIAL

≡ Leona Koch/Matthias Micus/Marika Przybilla

Nach der letzten Bundestagswahl waren die Liberalen schon für tot erklärt worden. Spätestens seit den diesjährigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hat sich diese Diagnose jedoch als verfrüht erwiesen. Bereits 2015 hatte die FDP mit ihrem Wiedereinzug in die Bürgerschaften Bremens und Hamburgs Lebenszeichen ausgesandt. Und es war auch keineswegs der erste Abgesang auf die Partei: Schon Anfang der 1970er, in der Mitte der 1980er und zum Ende der 1990er Jahre hatten professionelle Interpreten des Politischen ihr die Totenglocken geläutet. Aktuell sitzen freidemokratische Abgeordnete in immerhin acht von 16 Landtagen – eine Präsenz, die sich die FDP in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wahrscheinlich gewünscht hätte, als sie eine halbe Dekade lang bloß noch in vier Landesparlamenten Delegierte stellte. Die Liberalen, so scheint es, besitzen mehr Leben als die Katzen.

Schon diese wenigen Zeilen werfen freilich eine ganz grundlegende Frage auf: Ist die FDP das politische Sprachrohr des Liberalismus, und zwar das einzige und exklusive? Kann die FDP das Alleinvertretungsrecht für den Liberalismus reklamieren? Lässt sie sich gar mit dem Liberalismus gleichsetzen? Oder, um aus dem Beitrag von Hans Vorländer in diesem Heft zu zitieren: »Von welchem Liberalismus ist indes die Rede? [...] Von einer Bewegung, einer Partei, einer Philosophie?«

In Arbeiten zur politischen Ideengeschichte und in parteienwissenschaftlichen Längsschnittanalysen sind dergleichen Identifikationen durchaus üblich. Da wurzelt die SPD, aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen, im sozialistischen Lager; die CDU repräsentiert als Nachfolgeorganisation der katholischen Zentrumspartei, nach dem Zweiten Weltkrieg erweitert um protestantisch-konservative Gesellschaftssegmente, das christlich-konservative Spektrum; und die FDP stellt demzufolge den Partei gewordenen Liberalismus dar.

Vor diesem Hintergrund bleibt aller unter Beweis gestellten Überlebensfähigkeit zum Trotz die Schwäche der FDP erklärungsbedürftig. Schließlich ist die deutsche Gesellschaft insgesamt gegenwärtig wahrscheinlich so liberal wie nie zuvor. Nie ließen sich Lebensstilvorlieben und sexuelle Präferenzen freier pflegen und unkaschierter ausleben. Historisch neu dürfte – trotz aller fortbestehenden Defizite – ebenfalls das Ausmaß sein, in dem Frauen

zwischen Arbeit und Familie, Privatheit und Öffentlichkeit wechseln und wählen können. Unter Angela Merkel hat sich mittlerweile auch die CDU gesellschaftspolitisch weitgehend liberalisiert – vom Kita-Ausbau über die Frauenquote in Unternehmen bis hin zur Gleichstellung Homosexueller. Überhaupt haben Gruppenzwänge, die den Einzelnen in seiner Selbstentfaltung einzuschränken vermögen, nach drei Jahrzehnten der sozialen Differenzierung, Individualisierung und Pluralisierung viel von ihrer einstigen Kraft eingebüßt.

Freilich wird im noch jungen 21. Jahrhundert in der öffentlichen Meinung als Liberalismus weniger der Gesellschafts- als vielmehr der Wirtschaftsliberalismus etikettiert: neoliberal genannte Strategien, die den Marktkräften huldigen. Allerdings kommt die Konjunktur von Leistungsbekennnissen – noch einmal – kaum der nobel-distinguierten FDP zugute. Stattdessen hat zuletzt die volkstümelnde, isolationistische, Ängste schürende AfD einen steilen Aufstieg erlebt.

Der Liberalismus ist mithin ein schillerndes Phänomen, statt einer Einheit ähnelt er eher einem Mosaik, bestehend aus zahlreichen Teilchen und Bindestrichkonstruktionen: dem Links- und dem Nationalliberalismus, Wirtschafts- und Gesellschaftsliberalismus, Rechtsstaats- und Kulturliberalismus. Gibt es ihn überhaupt, den einen Liberalismus? In einem instruktiven Buch hat der französische Philosoph Jean-Claude Michéa vor einigen Jahren diese Frage bejaht: Der Liberalismus lasse sich in all seinen Strömungen und Facetten auf gemeinsame Prinzipien zurückführen. Michéa zufolge lassen sich die Anfänge der Moderne und des Liberalismus auf die Zeit der Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts datieren. Als Resultat des Traumas mörderischer Bürgerkriege gründe der Liberalismus in dem Bestreben, in Frieden zu leben und sich friedlich den eigenen Angelegenheiten widmen zu können. Insofern die Wurzeln der Gewalthandlungen in der Ruhmsucht der Herrschenden und im Anspruch der Massen, exklusiv im Besitz des Richtigen und Wahren zu sein, gesehen worden seien, das Menschenbild des Liberalismus also grund-skeptisch sei, richte die liberale Utopie ihre Hoffnungen einer vernunftorientierten Gesellschaft auf die überpersönlichen und also neutralen Strukturen von Recht und Markt. Da der liberale Staat folglich keine Vorgaben für Werte und Lebensweisen machen dürfe und seine Legitimität einzig daraus schöpfe, dem Einzelnen größtmögliche Freiheit zu gewähren, solange anderen dadurch kein Schaden entstehe, habe er andererseits keine Möglichkeiten, auf das individuelle Tun einzuwirken und etwa wünschenswerte Verhaltensweisen zu fördern oder moralische Standards zu setzen. Dieses Dilemma lösen Liberale, Michéa zufolge, durch die »unsichtbare Hand« des Marktes auf. Der freie wirtschaftliche Tausch solle automatisch und logisch eine friedliche und

gerechte Gesellschaft hervorbringen. Weil also der Markt viel mehr als das Recht das Gelingen, den Zusammenhalt und den Fortbestand liberaler Gesellschaften verbürge, liefern die liberalen Prinzipien in letzter Instanz in den »Mechanismen des Markts« zusammen. Weshalb denn die »seelenlose Welt des zeitgenössischen Kapitalismus« der »real existierende Liberalismus« sei.

Soweit Michéas Interpretation, der man natürlich nicht folgen muss. Kaum bestreitbar hingegen dürfte sein, dass derzeit die Grenzen der Idee einer liberalen Gesellschaft ausgelotet werden, dass die liberale freidemokratische Partei in Deutschland zuletzt ein Schattendasein gefristet hat und das Konzept einer liberalen Wirtschaftsordnung und eines deregulierten Marktes gegenwärtig angefeindet wird. In einer solchen Situation muss sich der Liberalismus seiner selbst vergewissern, die unveräußerlichen Fundamente freilegen und zu zeitgemäßen Handlungsstrategien verdichten. In vielleicht besonderem Maße stellt sich für den Liberalismus aktuell die Frage nach der Substanz seines »Ismus«: Was macht ihn aus? Was sind seine unterschiedlichen Facetten, was seine perspektivischen Ziele?

Die vorliegende Ausgabe von *INDES* versucht mit ihrem Schwerpunkt, einen Beitrag zur Diskussion über den Liberalismus zu leisten. Wie stets wird die Debatte dadurch nicht abgeschlossen werden (können), und die Auswahl an Themen und Texten bleibt notgedrungen unvollständig. In gewisser Weise ist die *INDES* damit selbst liberal, stellt das Bekenntnis zu kontroversen Diskursen, zur uneingeschränkten Legitimität differenter Blickwinkel auf die Wirklichkeit und zur permanenten Revisibilität von Erkenntnissen und Entscheidungen doch geradezu ein Markenzeichen liberalen Denkens dar. Darüber hinaus wünschen wir – wie stets – viel Spaß bei der Lektüre.

INHALT

1 Editorial

≡ Leona Koch/Matthias Micus/Marika Przybilla

LIBERALISMUS

>> ANALYSE

7 Der Liberalismus und seine Feinde

Über Erfolg und Scheitern liberaler Ideen

≡ Hans Vorländer

18 Aspekte einer neuen Ordnungsökonomik

Wie Wirtschaftstheorie und Bürgergesellschaft wieder zueinander finden können

≡ Stefan Kolev

25 Ein historischer Kollektivsingulär

Das Phänomen des Liberalismus in europäischer Perspektive

≡ Jörn Leonhard

34 Die Moral des Bäckers

Prinzipien einer liberalistischen Marktethik

≡ Michael Baumann

43 If you're a liberal, how come you're so poor?

Liberalismus und soziale Gerechtigkeit

≡ Elif Özmen

50 Wer etwas verändern will, muss mit Widerständen rechnen

Zur Rolle der Frau im Liberalismus

≡ Ines Soldwisch

59 Grenzen der Privatsphäre

Neues über Liberalismus und Religion

≡ Johannes Fioole

- 66 **Keine Freiheit ohne Staat!**
Was Kants politischer Liberalismus uns heute noch zu sagen hat
≡ Philipp-Alexander Hirsch
- 77 **Liberaler Gesellschaftsordnungen**
Wie die Wandlungen des Liberalismus unser Leben unter Druck gesetzt haben
≡ Gary S. Schaal
- 84 **Liberalismus im Islam**
Was bleibt vom Arabischen Frühling?
≡ Thorsten Hasche
- >> **PORTRAIT** 91 **Der »Liberalismus der Furcht«**
Judith N. Shklars Liberalismustheorie im Kontext
≡ Andreas Hess
- 103 **Die Grünen als liberale Partei?**
Eine Warnung vor allzu mühelosen Häutungen
≡ Reinhard Loske
- PERSPEKTIVEN**
- >> **ANALYSE** 113 **Auf dem Umweg zur Knechtschaft?**
Das Spannungsverhältnis von *Nudging* und Demokratie
≡ Tom Mannewitz
- 123 **Die Sozialdemokratie in der Vertrauenskrise**
Geld, Moral und andere Kleinigkeiten
≡ Karin Priester
- >> **INTERVIEW** 131 **Qualität vor Quantität**
Ein Gespräch über die Crux der Wissenschaft
≡ Caspar Hirschi

SCHWERPUNKT:
LIBERALISMUS



la mejor
traducción
entre dos
lenguas
es el buen

DER LIBERALISMUS UND SEINE FEINDE

ÜBER ERFOLG UND SCHEITERN LIBERALER IDEEN

≡ Hans Vorländer

Der Liberalismus hat immer Angriffsflächen geboten. Der Sozialismus sprach ihn schuldig, den Kapitalismus erfunden zu haben. Der Konservatismus hat ihm nicht verziehen, die Liberalisierung überkommener, ehemals durch Religion und Tradition bestimmter Lebensformen bewirkt zu haben. Die Entfesselung der Marktkräfte auf der einen Seite, die Sprengung natürlicher Gemeinschaften auf der anderen Seite: Der Liberalismus sah nie gut aus. Und doch scheint er die westlich geprägte moderne Welt wie keine andere Strömung geformt zu haben. Zur konstitutionellen Grundausrüstung westlicher Demokratien muss er gerechnet werden. Auch hat er in den modernen kapitalistischen Gesellschaften die ökonomischen und weltanschaulichen Verhaltensnormen der Menschen nachhaltig geprägt. Und deshalb steht der Liberalismus auch gegenwärtig im Kreuzfeuer von Kritik und Anfeindung; von links, aber nicht nur von dort, wegen der Ökonomisierung aller Lebenswelten, von rechts, weil er Kultur, Identität und Nation untergrabe. Schon wird die »illiberale Demokratie«¹ als die letzte Rettung des Abendlandes ausgerufen. Zeit also für eine Verteidigung des Liberalismus?

Von welchem Liberalismus ist indes die Rede? Von den Anfängen im 17. und 18. Jahrhundert, vom Aufstieg und Scheitern im 19. und 20. Jahrhundert? Vom Rechtsstaats-, Wirtschafts-, Kultur- oder Sozialliberalismus? Von einer Bewegung, einer Partei, einer Philosophie? Vom kontinentaleuropäischen, britischen oder nordamerikanischen Liberalismus? Was ist gemeint, wenn der Liberalismus bemüht wird, um ihm die kulturellen Verwerfungen moderner Gesellschaften und die Krisen marktwirtschaftlich organisierter Ökonomien anzulasten? Welcher Liberalismus hätte heute noch Erklärungs-, vor allem Mobilisierungskraft? Was an ihm soll gerettet, was erneuert, verteidigt oder verworfen werden?

¹ Zit. nach der Rede des ungarischen Premierministers Viktor Orbán vom 30. Juli 2014 anlässlich des *25th Bákványos Summer Free University and Student Camp*, URL: <http://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp> [eingesehen am 09.05.2016].

Schnell waren die Euphorie der europäischen Revolutionen des Jahres 1989 und die damit verbundene Hoffnung, der Transformationsprozess der ost- und mitteleuropäischen Gesellschaften könne reibungslos nach dem liberalen Muster von Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit vollzogen werden, verfliegen. Ernüchterung und Enttäuschung stellten sich ein. Und auch in den westlichen Industrieländern, in denen die Idee liberaler Demokratie in ihrer Verbindung mit den Prinzipien gesellschaftlicher Autonomie und freimarktwirtschaftlicher Ökonomie infolge jahrzehntelanger Praxis eingeübt war, begannen, nach dem Verlust des kommunistisch-sozialistischen Gegenbildes, alsbald die Selbstzweifel zu nagen.

Neben den sozialen und ökonomischen Spannungslagen, die sich mit dem Wegfall von Marktgrenzen verschärften, hatte sich die »offene Flanke der offenen Gesellschaft« zu erkennen gegeben: Sind liberale Gesellschaften im Inneren so gefestigt, dass sie die Probleme zu lösen vermögen, die sich aus der Öffnung politischer wie wirtschaftlicher Grenzen ergeben – von der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit auf globalisierten Märkten bis zu Problemen der Migration und des Umgangs mit ethnischer und kultureller Heterogenität im Innern –, ohne dass sie, wie einige von ihnen in den 1920er und 1930er Jahren, ihre freiheitliche Ordnung gefährden oder aufgeben? Oder könnten ein Mangel und deshalb die besondere Gefährdung der liberalen Gesellschaft gerade darin bestehen, dass diese, wie der verstorbene Joachim Fest vor vielen Jahren bereits geschrieben hat, »keinen greifbaren, die Leiden und Ängste der Menschen rechtfertigenden Lebensinn« vermittelt? Liberale Gesellschaften halten »keinen mobilisierenden Zukunftsperspektive bereit und werfen den einzelnen auf lediglich das zurück, was er als individuelle Erfüllung begreift«. Hat sich der Liberalismus also mit seiner Emphase von individueller Freiheit, wirtschaftlicher Entfaltungsmöglichkeit und gesellschaftlicher Modernisierung so weit überreizt, dass er nun, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, nicht nur seine politische Schlagkraft, sondern auch seine soziale und kulturelle Überzeugungskraft eingebüßt hat?

Wie bei allen Ismen verfängt sich auch ein liberaler Ismus in stereotypisierender Vereinfachung, dehn- und nutzbar für alle möglichen Feind- und Freundzuschreibungen. In einem Feld konkurrierender Ideologien und Weltanschauungen mochten Sozialismus, Konservatismus und Liberalismus noch Deutungs- und Orientierungsfunktion haben. Nach dem Ende der Block- und Systemkonkurrenzen aber blieb von der mobilisierenden Macht der Ideologeme und Theoreme wenig übrig. So wirken auch die immer wieder gestellten Fragen, ob der Liberalismus noch eine Chance oder ob er sich totgesiegt und deshalb überflüssig gemacht habe, eigentümlich

abgestanden – zumal sie in ideenpolitischer Hinsicht und parteipolitischer Absicht immer, wenig überraschend, ganz unterschiedlich beantwortet werden können. Aber das verwundert kaum, denn Kontexte wie politische Gegnerschaften haben intellektuelle Strömungen wie politische Bewegungen und Parteien unterschiedlich aussehen lassen. Wie die liberalen Eigengeschichten variieren auch Fremdbilder und historische Analysen der Liberalismen.

POLITISCHE AUSZEHRUNG UND PROGRAMMATISCHE FRAGMENTIERUNG

Der Liberalismus mag ursprünglich die Philosophie einer sozialen Bewegung gewesen sein, welche die Revolutionen in Nordamerika und in Frankreich wie auch den deutschen Vormärz wesentlich prägen konnte. In diesen Revolutionen brach sich eine neue Weltsicht Bahn, die mit den hergebrachten feudalistischen und monarchisch-absolutistischen Traditionen nicht mehr vereinbar war. Das aufstrebende Bürgertum suchte die neue kommerzielle Gesellschaft gegen die (land-)aristokratischen Privilegien und Widerstände durchzusetzen und den Raum von Handel und Erwerb über die lokalen Märkte und Landesgrenzen hinaus auszudehnen. Politisch sollte die neue Gesellschaft nach den Prinzipien individueller Freiheit und rechtlicher Gleichheit verfasst und Herrschaftsausübung an die Wahrung individueller Grundrechte und durch von repräsentativ und gewaltenteilig eingerichteten Institutionen gesetztes Recht gebunden sein.

Der Liberalismus schien hier, in England mehr noch als in Deutschland, zunächst bestimmender Part einer politisch-sozialen Emanzipationsbewegung zu sein, die angetreten war, die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu überwinden, und dabei als »Bewegungspartei«² die revolutionäre Einheit von Wirtschafts- und Bildungsbürgertum einerseits und Massenbewegung der Bauern und Handwerker andererseits verkörpern konnte. Doch bald schon erlahmte die soziale und politische Integrationskraft des Liberalismus. Die Revolution radikalisierte sich, in sozialer wie auch in demokratischer Hinsicht. Die »liberale Partei«, wie Friedrich Julius Stahl sie in Abgrenzung von der »demokratischen Partei« bezeichnete, bestand sowohl auf einer begrenzten und repräsentativen Form der Demokratie wie auch auf dem Merkmal bürgerlicher Selbstständigkeit, an das bspw. auch die Ausübung des Wahlrechts gebunden war. Damit war aber zugleich ein Prozess eingeleitet worden, der zur besitzindividualistischen Verengung des Liberalismus führte – aus dem sozialen Leitbild einer klassenlosen Bürgergesellschaft wurde eine Ideologie des Besitz- und Bildungsbürgertums.

² Carl von Rotteck u.

Carl Theodor Welcker, Bewegungspartei und Widerstand- oder Stillstandspartei, in: Dies. (Hg.), Staats-Lexikon oder Encyclopädie der Staatswissenschaften in Verbindung mit vielen der angesehensten Publizisten Deutschlands, Bd. 2, Altona 1835, S. 558–565 – Für die historische Rekonstruktion folge ich meinen Ausführungen in: What's liberal?

Der Liberalismus zwischen Triumph und Erschöpfung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 10/1995, S. 38–59.

Der Liberalismus als politische Partei hielt zwar in Deutschland zunächst noch an den zentralen politischen Forderungen nach Konstitutionalisierung der Staatsgewalt, Parlamentarisierung und Freiheitsrechten fest, wie etwa die Deutsche Fortschrittspartei bei ihrer Gründung 1861. Als »regierende« Partei in Preußen und im Deutschen Reich aber gab der deutsche Liberalismus Ministerverantwortlichkeit, allgemeines Wahlrecht (anstelle des preußischen Dreiklassen-Wahlrechts) und politische Freiheitsrechte zugunsten sozialer und ökonomischer Status-quo-Wahrung wieder auf. Der politische Liberalismus in Deutschland suchte neue, nationale und konservative Allianzen; und wo er das nicht tat und auf seinem ursprünglichen Emanzipationsprogramm bestand, wurde er randständig.

Dieser Prozess der politischen Auszehrung und programmatischen Fragmentierung setzte in Deutschland früher als etwa in Großbritannien ein; doch letztlich, unwiderruflich nach 1918, führte er überall dazu, dass sich der politische Liberalismus nur noch im Rahmen kleiner Parteien organisieren ließ. Dies schloss zwar nicht aus, dass liberale Parteien – flüchtige – Renaissance im Parteiensystem erleben konnten, die zumeist durch ihre strategische Schlüsselposition, in Deutschland als Mehrheitsbeschafferin, in Koalitions- und Regierungsbildungsprozessen begünstigt wurden. Doch bedeutete die programmatische Fragmentierung fast immer die Identifikation des politisch organisierten Liberalismus mit einem Bindestrich-Liberalismus, der entweder, entsprechend der richtungsideologischen Positionierung, als Rechts- oder Linkliberalismus daherkam, oder der sich, gemäß der inhaltlichen Profilierung, als Bürgerrechts-, Wirtschafts-, Sozial- oder Kulturliberalismus definierte. Reformulierungen eines Gesamtliberalismus, der das Programm des revolutionären Liberalismus eingeholt und aktualisiert hätte, blieben die Ausnahme; sie fanden sich etwa im *New Liberalism* der englischen Liberal Party um die Jahrhundertwende oder im mit den »Freiburger Thesen« von 1971 verknüpften Reformliberalismus der bundesdeutschen FDP. Schließlich musste der parteipolitische Liberalismus als Folge dieser Entwicklung politischer Auszehrung und programmatischer Fragmentierung immer wieder mit ansehen, wie liberale Themen und liberales Personal auswanderten und sich vielfach bei konkurrierenden Parteien und Bewegungen eine neue Organisationsheimat suchten.

ERNEUERUNG ZU BEGINN DES 20. JAHRHUNDERTS

Der ideenpolitische Liberalismus des späten 17. und 18. Jahrhunderts dachte die kommerzielle Gesellschaft voraus, ohne allerdings deren soziale und ökonomische Auswirkungen, die erst um die Wende ins 20. Jahrhundert mit der



Ausbildung des Industriekapitalismus in ihrer vollen Schärfe und Tragweite deutlich wurden, absehen und theoretisch antizipieren zu können bzw. zu wollen. Das Janusgesicht des Liberalismus wurde deutlich; sein programmatischer Anspruch – Befreiung aus den Zwängen von Herkunft, von Tradition und Fremdbestimmung – sowie sein ökonomisches Modernisierungsstreben erzeugten neben Gewinnern auch soziale Verlierer. Als politische Partei verlor der Liberalismus an Bedeutung und Einfluss. Die liberale Theorie wurde zur Revision ihrer Grundlagen gezwungen, um nicht zu einer den Status quo verteidigenden Klassenideologie abzusinken. Reformliberale Bewegungen formierten sich an der Wende in das 20. Jahrhundert, reagierten auf das Anwachsen von sozialistischer und Arbeiterbewegung, hatten dort, wo sie wie in England früh die Anpassung an die veränderten Verhältnisse zu vollziehen suchten, großen, allerdings temporär begrenzten Erfolg, konnten aber dort, wo wie im Deutschland des Kaiserreichs der Parteiliberalismus ohnehin schon geschwächt und gespalten war, keine nachhaltige Wirkung entfalten.

Doch unabhängig vom konkreten politischen Schicksal des organisierten Liberalismus vermochten die Erneuerungsbemühungen teilweise programmatische Korrekturen zu vollziehen, die den Liberalismus zumindest ideenpolitisch auf die Verhältnisse des 20. Jahrhunderts einstellten, ohne dabei die gesamtliberale Perspektive aus den Augen zu verlieren. Denn wollte der Liberalismus an seinem ursprünglichen sozialen Leitbild einer klassenlosen Gesellschaft freier, gleicher und selbstständiger Bürger festhalten, wie das bspw. von Lothar Gall für den badischen Liberalismus des frühen 19. Jahrhunderts analysiert werden konnte, musste er sich den aufbrechenden Problemen

von Marktversagen, sozialer Ungleichheit und besitzindividualistischer Verengung des Freiheitsbegriffs stellen.

Der neue und soziale Liberalismus öffnete Wirtschaft und Gesellschaft dem – begrenzten – politischen und gesellschaftlichen Zugriff, um auf diese Weise die sozialen und materiellen Voraussetzungen individueller Freiheitsausübung, Freiheitsmehrung und Freiheitserhaltung sicherzustellen und die Effizienz des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems zu erhöhen. Zu diesem Zweck gab der Reformliberalismus auch das bis dahin wohlgehütete Tabu einer politischen Intervention in die Produktions- und Distributionssphäre des Marktes auf. Das konnte dann zum einen die Rückführung oder, wo dies nicht gelingen konnte, die Begrenzung wirtschaftlicher Konzentrations-, Trust- und Kartellbildung intendieren; das konnte aber auch – mit der Forderung nach ökonomischer Demokratie, Unternehmensmitbestimmung und Betriebsparlamentarismus – auf die innere Organisation von Industrieunternehmen und die Begrenzung von Eigentümerpositionen abzielen. Und es hieß *last but not least* auch die Unterstützung einer progressiven Einkommenssteuer, deren Aufgabe es war, Mittel für den sozialen Ausgleich, und nicht nur für infrastrukturelle oder bildungspolitische Maßnahmen des Staates, bereitzustellen.

Mit der sozialen und gesellschaftspolitischen Neuorientierung des Liberalismus eröffneten sich zugleich auch weiterführende Perspektiven. Dass sich nun auch Liberale über Industriepolitik den Kopf zerbrechen konnten, bewies der aus der Liberal Summer School stammende »Liberal Report« über »Britain's Industrial Future« von 1928, der als *Yellow Book* in die Geschichte einging und für lange Zeit als die »liberale Bibel« der englischen Liberalen galt. Und John Maynard Keynes, der sich mit seiner bekannten Rede »Am I a Liberal?« vor der Liberal Summer School als Liberaler bezeichnete, war derjenige, der in seiner »General Theory« über Beschäftigungs- und Nachfragepolitik das wirtschaftspolitische Instrumentarium der Regierungen des 20. Jahrhunderts erweiterte und damit einem »sozialdemokratisch« genannten Jahrhundert die theoretische Möglichkeit eines staatswirtschaftlichen Interventionismus eröffnete. Und schließlich wurde auch der »Beveridge-Report« von 1942 zum Eckpfeiler des britischen Wohlfahrtsstaates.

Doch hatte die Reformkonvergenz zwischen einem erneuerten Liberalismus und der politischen Arbeiterbewegung ihre Grenzen. Sozialliberale waren und blieben in der liberalen Traditionslinie, weil sie an den zentralen liberalen Werten Individualismus und Freiheit festhielten, auch wenn diese eine gewisse soziale Anreicherung und Neubestimmung erfuhren. Zugleich bestand die Überzeugung fort, dass Marktgesellschaft und ökonomische

Freiheit tendenziell die beste Gewähr für individuelle Entfaltung und allgemeinen Wohlstand böten. War der Eingriff des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft notwendig, um die sozialen Voraussetzungen und Bedingungen von Freiheit zu erhalten, so gab es doch Unterschiede zwischen den Staatskonzeptionen sozialistischer und liberaler Reformen.

Für sozialliberale Reformen blieb der Staat nur begrenzt die Antwort auf die soziale Frage. Der Staat war nur von instrumenteller Bedeutung für die Verwirklichung der zentralen Werte des Liberalismus und deshalb zugleich auch *ultima ratio*. Das war in Deutschland nicht immer so deutlich, galt aber besonders für die englischen und amerikanischen Varianten des Reformliberalismus. Letzterer stand in einer starken anti-etatistischen und zugleich radikal-demokratischen Tradition und konnte deshalb auf politische Rezepte setzen, die in Europa, vor allem in Kontinentaleuropa, bereits an ihre Grenzen gestoßen waren: nämlich die Bewältigung der sozialen Frage durch Assoziationen der Selbsthilfe und die Kanalisierung der industriellen und politischen Konfliktlagen durch politische und wirtschaftliche Gegenmachtbildung. In Deutschland hatte der Staat seit jeher eine herausragend starke Stellung gegenüber der Gesellschaft besessen; Bismarck hatte ihn als Daseinsvorsorgestaat begründet, sodass er auch den liberalen Reformern als das zentrale Medium gesellschaftlicher Modernisierung erschien. Doch gerade der englische *New Liberalism* und der amerikanische Reformliberalismus zeigten, dass der Liberalismus durchaus einen eigenständigen Ansatz zur Bewältigung der sozialen und ökonomischen Probleme der Industriegesellschaft gefunden hatte. Er ließ zu, die soziale Existenzsicherung des einzelnen und die Rahmenverantwortung des Staates für Wirtschaft und Gesellschaft zu Programmbestandteilen eines zeitgemäßen Liberalismus zu machen, ohne damit den Weg in den bürokratisierten Daseinsvorsorge- und Wohlfahrtsstaat vorzuzeichnen.

AMBIVALENZEN DES ÖKONOMISCHEN NEOLIBERALISMUS

Ralf Dahrendorf, Soziologe und bekennender Liberaler mit Sitz im britischen Oberhaus, nannte das 20. Jahrhundert das »sozialdemokratische Jahrhundert«. Damit brachte er die von Liberalen geteilte Beobachtung auf den Begriff, wonach sich im 20. Jahrhundert ein im Wesentlichen staatszentrierter, von allen demokratischen und sozialen Parteien formulierter Politiktypus herausgebildet und dem Sozial- und Wohlfahrtsstaat zum Durchbruch verholfen habe. Liegt hierin ein historisches Verdienst von Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie, so wurden am Ende des 20. Jahrhunderts vor allem, wengleich nicht nur, von Liberalen Zweifel an der Finanzierbarkeit und

Zukunftsfähigkeit dieses Konzeptes geäußert. Die Grenzen der Finanzierbarkeit schienen erreicht, der Daseins- und Risikovorsorgestaat drohte sich selbst zu überfordern, Regelungsdichte und Bürokratie wurden als Bevormundung des Bürgers, vor allem aber als Instrument der Verharzung gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturen angesehen. Dieser Ansicht nach schien die Handlungsfähigkeit des Staates an einer Überlast von Aufgaben zu ersticken.

So meldete sich bereits in den 1980er Jahren eine Strömung innerhalb des liberalen Lagers wieder zu Wort, die Parallelen zwischen dem bürokratischen Wohlfahrtsstaat und dem Staat des *Ancien Régime* zog und eine alte, auch von Wilhelm von Humboldt ausbuchstabierte Forderung neu einklagte: nämlich die Freisetzung von Individuum und Gesellschaft von bürokratischer Bevormundung, bei gleichzeitiger Reduzierung der Aufgaben des Staates auf das jeweils denkbare Minimum. In Frankreich und England, aber auch in den Vereinigten Staaten, weniger jedoch in Deutschland, erwachte ein neues Interesse am Liberalismus. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um einen erneuerten Wirtschaftsliberalismus, der nun das begriffliche und politische Instrumentarium bereitstellte, um die Modernisierung der Industriestrukturen und die Zurückdrängung staatlicher Wirtschafts- und Sozialinterventionismen durch eine Politik der Privatisierung, der Subventionskürzungen, der Steuersenkungen und der »Entfesselung« unternehmerischer Initiative zu befördern. Der Erfolg dieser wirtschaftsliberalen Politiken war unterschiedlich, in sozialer Hinsicht auch zweischneidig, weil sie zwar, wie in den USA und England, den wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandel beschleunigten, zugleich aber auch das soziale Gefüge erschütterten. Dieser offensiv formulierte und teilweise aggressiv implementierte Wirtschaftsliberalismus vollzog eine – national unterschiedlich konsequente – Wende von staatlichen zu marktwirtschaftlichen Problemlösungsansätzen; er wurde zuerst, als *Reagonomics* und *Thatcherism*, von eher konservativen politischen Gruppierungen durchgesetzt, dann jedoch, quasi in einer ironischen Volte der herkömmlichen ideologischen Lagerzuschreibungen, von sozialistisch-sozialdemokratischen und auch (in Deutschland) grün-alternativen Parteien fortgeführt und, was die Deregulierung der Finanzmärkte betraf, sogar auf die Spitze getrieben.

Mit dem Versuch, die europäische Sozialdemokratie zu erneuern, sie für neue Schichten der aufstiegsorientierten gesellschaftlichen Mitte zu öffnen, konnte der neue ökonomische Liberalismus auch als globales Ordnungskonzept einen hegemonialen Status erlangen. Seine Etikettierung als *Neoliberalism* entsprang dem Bedürfnis, einen Kampfbegriff verfügbar zu machen, mit dem der – vor allem linke, globalisierungskritische – Widerstand

mobilisiert werden konnte. Dabei wurde allerdings übersehen, dass der deutsche ordnungspolitische Diskurs mit Neo- bzw. Ordoliberalismus gerade in den 1950er Jahren entwickeltes Konzept zu bezeichnen wusste, welches dem Markt Regulierungen dort auferlegte, wo er dysfunktional zu werden drohte oder vermachtete Strukturen, wie in Kartells oder Monopolen, ausbildete. Wer immer an der Weiterentwicklung liberaler Programmlagen interessiert ist, könnte hier konzeptionell fündig werden, wenn es bspw. darum geht, die wirtschaftliche Macht und die Überwachungsmöglichkeiten von Internetkonzernen zugunsten individueller Zugangschancen, informationeller Selbstbestimmung und gleicher Teilhabe zu regulieren. Schließlich geht es hierbei nicht nur um Marktchancen und die Bewahrung individueller Freiheitsräume, sondern unmittelbar auch um die Ermöglichung von zivilgesellschaftlicher Autonomie und politischer Öffentlichkeit, also von Strukturen und Prozessen, von denen durchaus gesagt werden kann, dass sie zum Kernbestand liberaler Programmtradition gehören.

Mit diesem ökonomischen Neoliberalismus gaben sich freilich die Ambivalenzen liberaler Programmtraditionen zu erkennen; und zwar insofern, als der ökonomische Liberalismus mit seinem Leitbild des seine ökonomischen Interessen verfolgenden Wirtschaftsbürgers die sozialen, humanen und ökologischen Folgen wirtschaftlichen Handelns konzeptionell externalisiert. Zwar lag in der Logik dieses Leitbildes stets die Erwartung, dass ein Modell individueller Interessenverfolgung den Wohlstand der Gesamtgesellschaft zu mehren in der Lage ist; doch machte es Natur, Um- und Nachwelt zu Untertanen von instrumenteller Vernunft und auf kurzfristige Bedürfnisbefriedigung abzielenden Zwecksetzungen und blendete, in Ermangelung anderer als über Individualinteressen und Marktrationalität vermittelter Steuerungsmechanismen, die Folgewirkungen ökonomischen Handelns aus.

Dabei vermochte die mit diesem Modell verbundene – frühliberale – Erwartung, dass eine »unsichtbare Hand«³ den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Selbstlauf harmonisch und spontan ordnend lenkte, nur so lange zu verfangen, wie das Marktprinzip selbst von kulturellen Praktiken und rechtlichen Regeln eingebunden werden konnte. Das hatten der Moralphilosoph Adam Smith noch in der menschlichen Grunddisposition der *sympathy* und Alexis de Tocqueville später in einer auf religiösen Gemeinschaften aufruhenden politischen Kultur gewährleistet gesehen. Aber schon Max Weber sah den sich dynamisch entwickelnden Kapitalismus seines kulturell-religiösen (protestantischen) »Geistes« entkleidet. Im Grunde hatte damit der Erfolg des liberalen Wirtschaftsmodells nicht nur seine eigenen Entstehungsgrundlagen wegrationalisiert, sondern auch seine sozial balancierenden kulturellen

³ Adam Smith, *Der Wohlstand der Nationen*. München 1978, S. 371.

Dispositionen verzehrt. Dass ein ungehemmter Wirtschaftsliberalismus mit seinen Imperativen von Konkurrenz, Effizienz und Profit auch die individuellen Verhaltensdispositionen prägen sollte, die Ökonomisierung der Lebenswelten Verluste an Nähe, Gemeinschaft und Zusammenhalt mit sich brachte und deshalb auch seine soziomoralischen Grundlagen untergrub, hatte der amerikanische Soziologe Daniel Bell schon in den frühen 1960er Jahren als die »kulturellen Widersprüche des Kapitalismus« pointiert herausgearbeitet.

Womöglich liegt hier die entscheidende offene Flanke des ideenpolitischen Liberalismus: Selten genug ist ihm dort, wo er um Deutungs- und Gestaltungsmacht mit anderen Strömungen konkurrierte, gelungen, die ökonomische mit der kulturellen Seite in ein Verhältnis der Balance zu setzen, weshalb ihm die Rolle des hartherzigen Zerstörers von gesellschaftlichem Zusammenhalt, von Moral und Tradition zugeschrieben worden ist, während den Konservatismen und Sozialismen in ihren jeweiligen historischen Gewändern die Rollen der Bewahrer oder Erneuerer von Gemeinschaft und sozialen Ligaturen attestiert worden sind. Im Spiel von Schurke und Held, von *good guy* und *bad guy*, hatte der Liberalismus zumeist die schlechteren Karten.

Aufgrund dieser wechselvollen Entwicklung des parteipolitischen und der Ambivalenzen des ideenpolitischen Liberalismus verwundert keineswegs, dass die historischen wie programmatischen Liberalismen Angriffsflächen boten und Anfeindungen ausgesetzt blieben. Gleichwohl kann kein Zweifel bestehen, dass liberale Ideen und Vorstellungen deutende und gestaltende Kraft besaßen und in die politische Grundstruktur moderner politischer und gesellschaftlicher Ordnungen eingesickert sind. Demokratisierung, Konstitutionalisierung und Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Bürgerrechte sind Bestandteile der europäischen und nordamerikanischen Demokratien. Individualisierung und Pluralisierung der Lebenswelten haben zu einer kulturellen Liberalität geführt, die für moderne, ausdifferenzierte Gesellschaften, die ihren Zusammenhalt nicht mehr so ohne Weiteres aus Tradition, Religion oder geteilten Überzeugungen begründen können, konstitutiv ist. Gewiss lassen sich die institutionellen Grundstrukturen wie auch die politisch-kulturelle Verfasstheit nicht einer spezifischen historischen Strömung exklusiv zurechnen. Sie gehören mittlerweile, genauso wie die Politiken sozialer Existenzsicherung, zur Grundausrüstung einer demokratischen Ordnung. Und doch sind sie keineswegs unumstritten. Das waren sie historisch nie, und sie sind es auch gegenwärtig nicht.

Populistische und national-konservative Bewegungen und Parteien, die sich ironischerweise, wie in den Niederlanden oder in Österreich, »freierlich« nennen, und Regierungen, wie sie sich zuletzt in Osteuropa, Ungarn

und Polen etablieren konnten, bestreiten das Konzept der liberalen Demokratie. In ihren Augen zersetzt die durch Meinungs-, Versammlungs-, Presse- und Glaubensfreiheit gewährleistete Pluralität von Werten, Interessen und Lebensformen den politischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mehr noch: Populisten reklamieren, den Volkswillen unmittelbar zu vertreten, und ignorieren deshalb die verfassungsmäßig garantierten Rechte von ethnischen, religiösen und kulturellen Minderheiten. Das Phantasma einer organischen Einheit des Gemeinwesens folgt einer Logik, welche die Idee der Differenz und des Anderen aus dem Vorstellungshaushalt der Demokratie eliminiert. Die liberale Demokratie hingegen hat sich historisch als das politische Ordnungsmodell herausgestellt, das die soziokulturelle Diversität am besten zu akkomodieren versteht.

Jene nationalkonservativen, rechtspopulistischen Strömungen müssen auch deshalb als anti-liberale Bewegungen beschrieben werden, weil sie die gleichberechtigte politische wie kulturelle Teilhabe aller Bürger bestreiten, indem sie Vorrechte einer nativen, alteingesessenen Bevölkerung behaupten. Solche Diskurse des Ausschlusses werden auf der Ebene kultureller Identitätsansprüche geführt und tangieren vor allem die Menschen, die neu in ein politisches Gemeinwesen »einwandern«. Das betrifft keineswegs nur Flüchtlinge und Migranten, sondern auch solche, die den konstruierten Herkunftsgemeinschaften nicht entsprechen, wiewohl sie formal die gleichen Mitgliedschaftsrechte als Bürger besitzen. Dieser sich in zeitgenössischen »neurechten« Bewegungen wie etwa den »Identitären« zum Ausdruck bringende völkisch national untersetzte Ethnozentrismus stellt eine elementare Herausforderung für ein Gemeinwesen dar, welches sich den universellen Grundsätzen der Menschen- und Grundrechte verpflichtet weiß.



Prof. Dr. Hans Vorländer ist Lehrstuhlinhaber für Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Dresden. Als Direktor des dortigen Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung arbeitet er zu Themen der Demokratie, des Konstitutionalismus und des Liberalismus. Zuletzt erschien von ihm: »Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung« (zus. mit Maik Herold u. Steven Schäler, Wiesbaden 2016).

Der Liberalismus wird hier zur begrifflichen Projektionsfläche, ihm werden die vermeintlichen Pathologien der Gegenwartsgesellschaft zugeschrieben, ganz ähnlich wie in den 1920er Jahren, als ein anti-liberaler, mit westlicher Demokratie, französischer Zivilisation, britischem Parlamentarismus und jüdischem Kosmopolitismus identifizierter Generalverdacht einen völkisch-nationalen Konservatismus entstehen ließ, der, von den »konservativ-revolutionären« Intellektuellen vorbereitet, dem Nationalsozialismus den Weg und der geopolitischen und ethnischen Feinderklärung die Richtung vorgab. Es könnte also sein, dass der Liberalismus wieder einmal gegen seine Feinde verteidigt werden muss.

ASPEKTE EINER NEUEN ORDNUNGSÖKONOMIK

WIE WIRTSCHAFTSTHEORIE UND BÜRGERGESELLSCHAFT
WIEDER ZUEINANDER FINDEN KÖNNEN

≡ Stefan Kolev

Dass der Liberalismus in die Defensive geraten ist, ist schwer zu übersehen. Die Deutungsmuster sind vielfältig und sehr von der Brille abhängig, durch die der Beobachter auf dieses Krisenphänomen blickt. Im Folgenden entscheide ich mich für die Perspektive eines »politischen Ökonomen«, was zweierlei bedeuten soll: Zum einen will ich das Skalpell des Volkswirtes nutzen und nehme dabei die klassische Sicht der *political economy* ein, die sich erst seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts hin zur *economics* verengt hat; zum anderen verbinde ich mit dem Bild des politischen Ökonomen auch die Vorstellung, dass der Volkswirt die politische Praxis nicht nur nicht scheut, sondern ganz gezielt den Kontakt und Dialog mit ihr sucht. Liberalismus und Ökonomik sind durch die Ideengeschichte über lange Strecken als enge Verwandte, bisweilen fast als Zwillinge, marschiert – wenn man die Ökonomik als eine frühe gesellschaftliche Theorie der Selbstorganisation sieht, ist das nicht verwunderlich. Deshalb verspreche ich mir von einer solchen Warte sowohl eine zutreffende Diagnose als auch eine Therapie, die für den Liberalismus wie für die Ökonomik gleichermaßen einen Schub auslösen können.

Denn auch die Ökonomik steckt in einem ziemlichen Schlamassel und sieht sich mit wesentlichen Legitimationsproblemen konfrontiert – bis hin zur Feststellung vom »Bankrott der Ökonomen«¹. Diese Krise wurde im Zuge des »jüngsten Methodenstreits« im Jahr 2009 ausgiebig diskutiert, zunächst hitzig in der Presse und anschließend sachlicher in der Fachliteratur.² Zentral für die folgende Analyse ist die Beobachtung, dass sich Teile des Faches zwei Versäumnisse vorwerfen lassen müssen: Sie haben erstens das »Denken in Ordnungen« ad acta gelegt und zweitens über längere Zeiträume die Mahnung des Kieler Doyens Herbert Giersch in den Wind geschlagen, demzufolge Ökonomen gegenüber der Gesellschaft eine »Bringschuld« haben. Beides an sich und besonders in Kombination hatte in den vergangenen Jahrzehnten gravierende Konsequenzen. Zum einen sind die Erkenntnisfortschritte über die Funktionsweisen der Wirtschaftsordnung oft in einer eigenartigen Abkapselung und auf Kosten der Analysen über die Interdependenzen

1 Karen Horn, Der Bankrott der Ökonomen. Die Finanzkrise enthüllt auch das Versagen der Wirtschaftswissenschaften, in: Internationale Politik, H. 12/2008, S. 54–55, hier S. 54.

2 Vgl. Volker Caspari u. Bertram Schefold (Hg.), Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft? Ein Methodenstreit in der Volkswirtschaftslehre, Frankfurt a. M. 2011.

mit den anderen gesellschaftlichen Teilordnungen erfolgt. Im Hinblick auf das zweite Versäumnis sind zum anderen die Bezüge zu den »Kunden« des Faches – Studenten, benachbarte Wissenschaften, Medien und nicht zuletzt die Bürge – vielfach sträflich vernachlässigt worden. Für den Liberalismus war und ist dieser blinde Fleck verheerend: Die filigrane Idee der Freiheit, welche in ihrer Geschichte oft gerade von Ökonomen mit besonderer Eleganz weiterentwickelt wurde, verlor an wissenschaftlichem Halt. Oder, noch schlimmer, sie wurde von »Ökonomen« verteidigt – eine Figur im Denken des liberalen Ökonomen Wilhelm Röpke, die Simplifikateure bezeichnet, die ausschließlich die Logik des Marktes verinnerlicht haben und diese ohne jede Sensitivität imperialistisch auf jegliche Bereiche der Gesellschaft übertragen.

Damit aber genug des Lamentos. Die Erschütterungen des Faches durch die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Katharsis des »jüngsten Methodenstreits« haben verschiedene zarte Pflänzchen aufkommen lassen. Eine davon erscheint mir für die Zukunft des Liberalismus besonders vielversprechend, da sie das Zeug hat, die alte Liaison zwischen Ökonomik und Liberalismus wiederzubeleben: die Neue Ordnungsökonomik. Ihr gilt der verbleibende Teil dieses Beitrages: Welcher Notwendigkeit sie entspringt, was ihre Wurzeln und vor allem ihre Entwicklungspotenziale sind.

Sich sozialwissenschaftlich mit Ordnungsbegriffen zu befassen, ist gleichzeitig verlockend und vertrackt. Die brillante Analyse Andreas Anters zeigt eindrücklich, welche jahrhundertealten mannigfachen Ladungen, Paradoxien und Unwägbarkeiten »Ordnung« mit sich bringt – aber auch wie zentral der Topos der Ordnung für das abendländische Denken ist.³ Wenn man sich Anter anschließt und Ordnung als Distinktionsprinzip auffasst, durch das es erst möglich wird, Grenzen zu ziehen und Sphären voneinander zu scheiden, so kann die Wirtschaftsordnung als diejenige Sphäre der heutigen Gesellschaft eingegrenzt werden, die durch individuelle freiwillige Tauschprozesse auf Märkten charakterisiert ist.

Zwar kann man dem »Denken in Ordnungen« einen altmodischen Klang attestieren, aber auch gleichzeitig Sympathie für eine Ökonomik empfinden, die gerade diese Figur in den Mittelpunkt stellt. Als Ordnungsökonomien bezeichne ich demnach Denker, welche die Gesetzmäßigkeiten des Marktes erkennen wollen, dies aber stets unter Bezugnahme auf die komplexen Verbindungen zwischen Wirtschaft und Gesellschaft tun. Prominente Beispiele aus der länger zurückliegenden Theoriegeschichte wären Adam Smith, Karl Marx, John Stuart Mill oder Max Weber, während im weiteren 20. Jahrhundert Denker wie Walter Eucken, Friedrich August von Hayek, Wilhelm Röpke, James Buchanan oder Elinor Ostrom zu nennen sind.

³ Vgl. Andreas Anter, Die Macht der Ordnung. Aspekte einer Grundkategorie des Politischen, Tübingen 2007, S. 45–94.

Der zeitgenössische amerikanische Ökonom Peter Boettke bezeichnet diese Ordnungsökonomien als Vertreter einer *mainline economics*, die er den Vertretern einer *mainstream economics* gegenüberstellt, in deren Reihen etwa David Ricardo, die in der Nachfolge Alfred Marshalls entstandene Neoklassik sowie die keynesianische Makroökonomik zu verorten wären.⁴ Der Unterschied ist ein doppelter: Während die zur *mainline* gehörenden Ordnungsökonomien erstens auf das qualitative Verstehen der Wirtschaftsordnung setzen und zweitens diese in ihren Bezügen zu anderen Teilordnungen sehen, kappen die zum *mainstream* gehörenden isolierenden Ökonomen gerade diese Bezüge und fokussieren sich auf das quantitative Erklären.

Hans Albert, in seiner erst jüngst veröffentlichten Habilitationsschrift von 1955 der Eucken'schen Ordnungsökonomik gegenüber noch skeptisch eingestellt, lobt sie fünfzig Jahre später dafür, dass sie nach Antworten auf die Kant'sche Frage »nach den Bedingungen der Möglichkeit einer Ordnung der Freiheit in der heutigen Gesellschaft«⁵ gesucht habe. Die deutschen Wurzeln dieser Suche liegen zwar im ordoliberalen Freiburg; die Freiburger Schule ist aber als ein Knoten im komplexen Geflecht des europäischen und transatlantischen Neoliberalismus der Zwischen- und Nachkriegszeit zu sehen. Ohne hier auf den Facettenreichtum einzelner Denker eingehen zu können,⁶ lässt sich das Denken der traditionellen Ordnungsökonomik auf beiden Seiten des Atlantiks⁷ unter dem Motto *laissez-faire within rules* zusammenfassen. Kurioserweise wurde dem Neoliberalismus seit der Umdeutung des Begriffes als Fremdbezeichnung ab den 1970er Jahren gerade vorgeworfen, jegliche Regelwerke schleifen zu wollen, was aber mit dem Programm der Autoren, die in den 1930er Jahren »neoliberal« noch als Selbstbezeichnung geprägt haben, herzlich wenig zu tun hat. Was sich hinter *laissez-faire within rules* verbirgt, ist das Vertrauen auf die Mechanismen der Selbstorganisation innerhalb einer Ordnung, solange dies im Rahmen *guter* Regeln passiert. Was nun *gute* Regeln sind, darauf fokussiert sich die Suche des ordnungsökonomischen Programms überhaupt.

Die Ordnungsökonomien haben die Gretchenfrage der *political economy* nach der bestmöglichen Arbeitsteilung zwischen Markt und Staat stets im Blick und stellen die für Liberale allzeit knifflige Frage nach der Rolle des Staates nicht quantitativ (»Wie viel Staat?«), sondern qualitativ (»Welcher Staat?«). Offensichtlich scheuen sie solche normativen Fragen nicht – und so ist der an ihre Adresse gerichtete Vorwurf der »Kryptonormativität«⁸ gewissermaßen absurd. Erstens kann man einem Wissenschaftler, der sich selbst als »ordoliberal« oder »neoliberal« bezeichnet, schwer ankreiden, er würde seine Präferenz zugunsten der Freiheit verbergen; zweitens ist dieser Wert der

4 Vgl. Peter J. Boettke, *Living Economics. Yesterday, Today, and Tomorrow*, Oakland 2012, S. 42–65.

5 Hans Albert, *Wirtschaft, Politik und Freiheit. Das Freiburger Erbe*, in: Nils Goldschmidt (Hg.), *Wirtschaft, Politik und Freiheit*, Tübingen 2005, S. 405–419, hier S. 414.

6 Vgl. Stefan Kolev, *Neoliberale Staatsverständnisse im Vergleich*, Stuttgart 2013, S. 271–283.

7 Vgl. Ekkehard A. Köhler u. Stefan Kolev, *The Conjoint Quest for a Liberal Positive Program: »Old Chicago«, Freiburg, and Hayek*, in: David M. Levy u. Sandra J. Peart (Hg.), *F. A. Hayek and the Modern Economy. Economic Organization and Activity*, New York 2013, S. 211–228.

8 Vgl. Gebhard Kirchgässner, *Wirtschaftspolitik und Politiksystem: Zur Kritik der traditionellen Ordnungstheorie aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie*, in: Dieter Cassel u. a. (Hg.), *Ordnungspolitik*, München 1988, S. 53–75.

Freiheit bei den Ordnungsökonominnen an ein bedingtes Werturteil geknüpft: Wenn der Bürger eine auf Märkten beruhende Wirtschaftsordnung mit ihren Ergebnissen als erstrebenswert erachtet (dann und nur dann), muss er auch den Wert der wirtschaftlichen Freiheit akzeptieren, bei deren Abwesenheit Märkte kaum denkbar wären.⁹

Angesichts dieses reichen Erbes der traditionellen Ordnungsökonomik: Warum nun von einer *Neuen Ordnungsökonomik* sprechen und nicht einfach die Theoriegeschichte nachbeten? Weil Theoriegeschichte zwar ein Reservoir fast unendlicher Inspirationen ist, nicht aber zum Ersatz für eigenständige Theoriebildung werden darf. Alle Sozialwissenschaften sind in einem permanenten inneren Wandel begriffen, genau wie die Fragen, welche die Gesellschaft an sie richtet. Die Tradition ist also fruchtbar zu machen und gleichzeitig radikal neu zu denken. Im Zuge des erwähnten »jüngsten Methodenstreits« wurde von Nils Goldschmidt, Gerhard Wegner, Michael Wohlgemuth und Joachim Zweynert eine Position formuliert,¹⁰ die seitdem bei verschiedenen Konferenzen des Erfurter Wilhelm-Röpke-Instituts in Kooperation mit anderen Institutionen vertieft wurde und unter der Überschrift »Neue Ordnungsökonomik« in einem aktuellen Band in der Reihe des Freiburger »Walter Eucken Instituts« beim Mohr Siebeck Verlag ausführlich gefasst wird.

Was sind die vier Rollen einer solchen Neuen Ordnungsökonomik und wie können sie dem Liberalismus neue Impulse verleihen?

1. Ordnungsökonomik als *Schnittstellenökonomik*: Goldschmidt, Wegner, Wohlgemuth und Zweynert identifizieren zwei Hauptfragen des ökonomischen Denkens: erstens die Suche nach Gesetzmäßigkeiten wirtschaftlicher Prozesse und zweitens die Erforschung der Wechselwirkungen dieser Prozesse mit der sozialen Umwelt. Zwar haben auch frühere Ordnungsökonominnen ihre Energie schwerpunktmäßig der zweiten Hauptfrage gewidmet; wegen der zunehmenden Spezialisierung und Ausdifferenzierung innerhalb des Faches soll dieser Fokus nunmehr aber noch weiter geschärft werden. Nils Goldschmidt hat an anderer Stelle einen solchen Zugang zur Ordnungsökonomik als »Schnittstellenökonomik« bezeichnet, die angehalten ist, wegen ihres Untersuchungsobjektes dezidiert Andockebenen mit und Kontexte zu den anderen Sozialwissenschaften zu suchen. Wenn man etwa die Stammväter der ökonomischen und der politischen Theorie (etwas schablonenhaft) mit Adam Smith und Thomas Hobbes ausmacht, so würde an der ordnungsökonomisch vermittelten Schnittstelle zwischen beiden Wissenschaften der Ökonom seine Sensibilität für vertikale Konzepte wie Macht und Herrschaft schärfen, während der Politikwissenschaft-

⁹ Vgl. Viktor Vanberg, Die normativen Grundlagen von Ordnungspolitik, in: ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 48 (1997), S. 707–726.

¹⁰ Vgl. Nils Goldschmidt u. a., Was ist und was kann Ordnungsökonomik?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.06.2009.

ler verstärkt über die horizontalen zwischenmenschlichen Beziehungen reflektieren könnte. Das Ergebnis einer solchen Wissensteilung könnte sein, dass für die interagierenden Sozialwissenschaftler die Offenheit gegenüber einer liberal(er)en, also Horizontalität, Freiwilligkeit und Spontaneität betonenden, Ordnung steigt – aber auch, dass diese Ordnungsvorstellung von der sonst im liberalen Diskurs häufig anzutreffenden Naivität gegenüber zentralen Kategorien des Politischen geheilt wäre.

2. Ordnungsökonomik als *Ideenspeicher*: Auf die Geschichte ordnungswirtschaftlichen Denkens ist oben auch deshalb eingegangen worden, weil heutige Ordnungswirtschaftler – im Gegensatz zum Gros des Faches – zu einer besonderen Affinität zur Geschichte ökonomischen Denkens neigen. Der gravierende Fehler aber, dass man sich damit begnügt und die Ordnungswirtschaft so zu einer »Kathederswissenschaft« verkommt, deren glorreiche Geschichte gebetsmühlenartig vom Katheder gelehrt, nicht aber weitergedacht wird, wurde zuletzt im »jüngsten Methodenstreit« nicht ganz zu Unrecht früheren Generationen ordoliberaler Lehrstuhlinhaber vorgeworfen. Daraus haben heutige Ordnungswirtschaftler gelernt. Neue Ordnungswirtschaft wird heute, sei es im Rahmen von Programmen wie »Philosophy, Politics and Economics« (etwa an der Universität Witten/Herdecke) oder »Plurale Ökonomik« (demnächst an der Universität Siegen), deshalb mit theoriegeschichtlichem Nexus unterrichtet, damit Studenten sich an den Gedankengebäuden der »Giganten« reiben und daran wachsen können, statt vor ihnen in Ehrfurcht zu erstarren. Ein Comeback der Geschichte des ökonomischen Denkens – noch ein sehr zartes Pflänzchen – wäre für den Liberalismus deshalb eine immense Bereicherung, weil große Teile der liberalen Ideengeschichte gerade im ökonomischen Denken ihren Ausdruck gefunden haben. Diese Ideengeschichte wieder jenseits von Plattitüden und Klischees auch unter jüngeren Ökonomen zu kennen und kritisch zu diskutieren, wäre ein Riesengewinn auch für den gesellschaftlichen Diskurs über die Freiheit und ihre Voraussetzungen.
3. Ordnungswirtschaft als *kreativer Antreiber*: Jede Wissenschaft braucht Dynamik. Die Vertreter des isolierenden *mainstream* erwecken oft in Debatten um die Zukunft des Faches den Eindruck, dass sie methodologische Diskussionen für verlorene Liebesmüh halten, was als Stolz auf die Beherrschung ihrer komplexen quantitativen Verfahren verstanden werden kann oder aber als Selbstzufriedenheit des alten ökonomischen Standesdünkels einer »Physik der Sozialwissenschaften«. Der Neuen Ordnungswirtschaft kommt hier die wichtige Querdenker-Rolle zu, diese Selbstzufriedenheit zu stören und auch nach anderen Wegen zu suchen. Im Lichte jahrzehnte-

langer »Verstehen vs. Erklären-Debatten« in den Sozialwissenschaften können gerade Ordnungsökonomien die Frage stellen, ob ein qualitatives Verstehen wirtschaftlicher Prozesse nicht eine gewinnbringende Ergänzung für ein Fach darstellt, das ansonsten in seiner *mathiness* zu erstarren droht. Mit diesem Begriff kritisierte der renommierte Makroökonom Paul Romer jüngst nicht nur die ausschließliche Fixierung des Faches auf die Sprache der Mathematik, sondern auch die Praxis, Mathematik gerade nicht für eine höhere Transparenz, sondern für das Kaschieren eigener, in die Modellierung eingebauter Werturteile zu verwenden.¹¹ Eine solche andauernde kritische Reflexion könnte die Ökonomik wieder zu einem bunten Fach werden lassen, in dem verschiedene Ansätze in einen fruchtbaren Wettbewerb miteinander treten – und wäre so auch für die Öffentlichkeit wieder ein interessanter Sparringspartner, womit wir bei der vierten Rolle wären.

4. Ordnungsökonomik als *Bürgerberatung*: Es ist befremdlich, wenn man auf Tagungen gerade bei jungen Kollegen eine Aversion gegenüber einem Dialog mit der Gesellschaft vernimmt. Zwar sind die Anreize des heutigen Wissenschaftsbetriebs eindeutig nicht zugunsten solcher Tätigkeiten gesetzt. Gleichzeitig leben wir aber in einer Welt, in der eine politökonomische Krise die nächste jagt. Sich in Zeiten mannigfacher und überlappender Krisen in Enthaltsamkeit gegenüber der Öffentlichkeit zu üben, muss verwundern; ganz davon abgesehen, dass hierzulande fast alle Ökonomen auf öffentlich finanzierten Posten forschen. Das heißt natürlich nicht, dass jeder in der Profession gleichermaßen nach außen kommunizieren soll – gerade unserem Fach muss das Prinzip der Vorteile aus Arbeitsteilung klar sein. Es heißt aber schon, dass wenn jemand das Jaspers'sche »Wagnis der Öffentlichkeit« eingeht, er dafür von seinen im Elfenbeinturm verharrenden Kollegen – wobei die Legitimität dieser akademischen Ausrichtung nicht bestritten werden soll – Respekt und nicht Hohn verdient hat.

Es sind gerade die Ordnungsökonomien, die hier als Kommunikatoren infrage kommen, die in ihrer qualitativen Forschung auf eine geübte Sprache angewiesen sind und diesen Trumpf auch gegenüber der Öffentlichkeit nutzen sollten. Dabei geht es mir in Anlehnung an Susanne Cassel nicht so sehr um Politikberatung im Sinne von Politikerberatung, sondern um Politikberatung als Bürgerberatung für all jene, die politökonomisch interessiert sind.¹² Ich gehe natürlich nicht von einer Parteinahme der Ordnungsökonomien zugunsten des organisierten Liberalismus aus, verspreche mir aber von ihrer bürgerberatenden Aktivität eine bessere Qualität des politökonomischen Diskurses insgesamt, wo auch die liberalen Positionen an Qualität gewinnen müssen, um Anklang zu finden.

¹¹ Vgl. Paul M. Romer, *Mathiness in the Theory of Economic Growth*, in: *American Economic Review*, Jg. 105 (2015), H. 5, S. 89–93.

¹² Vgl. Susanne Cassel, *Politikberatung und Politikerberatung. Eine institutionenökonomische Analyse der wissenschaftlichen Beratung der Wirtschaftspolitik*, Bern 2004, S. 75–114.

Ich glaube nicht, dass eine solche Ausrichtung utopisch ist: Durchaus gibt es Wissenschaftler, die hier als *role model* dienen können. Friedrich August von Hayek etwa, einer der fruchtbarsten liberalen Denker des 20. Jahrhunderts, lässt sich gut entlang der skizzierten vier Rollen beschreiben. Mit dem Verlassen der isolierenden Ökonomik in den späten 1930er Jahren wurde er mit seiner Ordnungsökonomik in den darauffolgenden Jahrzehnten erstens zu einem permanenten Grenzgänger zwischen den Sozialwissenschaften. Zweitens hat Hayek enorme Energien in den Erhalt und die Revitalisierung der Theoriegeschichte investiert. Drittens war er methodologisch mit dem Rationalitätsparadigma zunehmend unzufrieden und hat mit seinem erkenntnistheoretischen Hirnforschungs-Exkurs in den 1950er Jahren zur Begründung der Neuroökonomik beigetragen. Und viertens war er ein genuin politischer Ökonom, da er wesentlich das Format des liberalen *think tank* im Großbritannien der 1950er Jahre prägte und über dieses Format, direkt und indirekt, zum Umschwung des gesellschaftlichen Klimas in der angelsächsischen Welt vor und während der *Thatcher-Reagan-Revolution* beitrug.

Eine These zum Abschluss: Wir leben sicher nicht in der besten aller möglichen Welten, nach meiner festen Überzeugung aber in der freiheitlichsten, die es historisch je gegeben hat – bei allen Schwierigkeiten, mit denen die westliche Welt derzeit konfrontiert ist. Die liberale Ordnung ist offensichtlich eine fragile, wie uns täglich vorgeführt wird. Extremismen aller Couleur, im Inland wie im Ausland, versuchen, diese Fragilität auszunutzen. Zugleich weist diese Ordnung aber, in den Begriffen des englischen Ordnungsökonom Mark Pennington, einen hohen Grad an Robustheit auf.¹³ Diese Robustheit ist umso mehr gegeben, je mehr sich Sozialwissenschaftler in die oft hysterischen Debatten einmischen und zu deren Versachlichung und Abkühlung beitragen. Ob wir nationale, supra- oder internationale Institutionen meinen: Diese benötigen bei aller Unvollkommenheit nicht den Presslufthammer, sondern das Skalpell.

Damit die liberale Bürgergesellschaft die Flut an krisenhaften Bildern verarbeiten kann, ohne unterkomplexen Lösungsvorschlägen und damit dem Chaos zu verfallen, benötigt sie einen Ordnungsdiskurs über die Wirtschaft und Gesellschaft von morgen. Die Stimme einer Neuen Ordnungsökonomik wäre da sicher eine Bereicherung.

¹³ Vgl. Mark Pennington, *Robust Political Economy. Classical Liberalism and the Future of Public Policy*, Cheltenham 2010, S. 2–12.



Prof. Dr. Stefan Kolev, geb. 1981, ist Volkswirt und Professor für Wirtschaftspolitik an der Westsächsischen Hochschule Zwickau. Außerdem ist er stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Wilhelm-Röpke-Instituts in Erfurt. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte des ökonomischen Denkens, Ordnungsökonomik und Austrian Economics sowie die Wirtschaftsgeschichte der Planwirtschaften.